



Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)

Geschäftsführung
Herr Schmitz (02-4)

Telefon: (0221) 221-94313
Fax: (0221) 221-94342
E-Mail: Andreas.Schmitz2@stadt-koeln.de

Datum: 23.10.2023

Niederschrift

über die **Sondersitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 25.09.2023, 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld, Sitzungssaal, Nebeneingang, Venloer Straße 419-421, 50825 Köln

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Volker Spelthann	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Udo Hanselmann	SPD
Frau Jutta Kaiser	CDU
Frau Marlis Pöttgen	FDP
Frau Esther Kings	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Julia Lottmann	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Luise Themann	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Bettina Tull	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Petra Bossinger	SPD
Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD
Frau Dunja Engelke	SPD
Herr Martin Berg	CDU
Herr Albert Töws	DIE LINKE/Die PARTEI
Frau Elke Schroeder	Klima Freunde

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE
------------------	-----------

Verwaltung

Herr Ralf Mayer	Bürgeramt Nippes, Amtsleiter
Herr Andreas Schmitz	Bürgeramt Ehrenfeld, Schriftführer
Herr Christian Dörkes	Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung
Herr Tim Queitsch	Amt für Straßen und Radwegebau

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Manfred Pöttgen

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Uwe Hartwig	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ulrike Detjen	DIE LINKE/Die Partei
Herr Leonard Schwanitz	DIE LINKE/Die PARTEI
Frau Liane Bchir	AfD
Herr Tobias Scholz	GUT

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Frau Denise Abé	GRÜNE
Herr Dr. John Akude	CDU
Frau Bürgermeisterin Brigitta Bülow von	GRÜNE
Herr Bürgermeister Dr. Ralph Elster	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Christiane Jäger	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Frau Christiane Martin	GRÜNE
Herr Oliver Seeck	SPD
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE
Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln

Herr Bezirksbürgermeister Spelthann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er teilt mit, dass die Bezirksvertreter*innen Hartwig (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Detjen (Fraktion Die Linke/DIE PARTEI), Schwanitz (Fraktion Die Linke/DIE PARTEI), Scholz (GUT) und Bchir (AfD) entschuldigt fehlen.

Die Bezirksvertreter*innen Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen), Hanselmann (SPD-Fraktion) und Töws (Fraktion Die Linke/DIE PARTEI) werden als Stimmzähler*innen benannt.

Die Tagesordnung soll gemäß der per E-Mail vorab übersandten Nachtragstagesordnung erweitert werden.

Die SPD-Fraktion meldet zwei mündliche Anfragen an.

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der geänderten und ergänzten Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Verkehrsversuch Venloer Straße

- 1.1 Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld, Umsetzung der 2. Stufe 2488/2023
- 1.2 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Antrag zum Verkehrsversuch Venloer Straße 2. Stufe AN/1697/2023
- 1.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke/DIE PARTEI, Elke Schroeder (Klima Freunde) und Tobias Scholz (GUT), betr.: Ergänzungen zum Beschluss Venloer Straße AN/1720/2023

2 weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

- 2.1 Bedarfsfeststellung für drei Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe/Grundschule Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang, Fortuinweg (für Grundschule Gutnickstr.) in Köln-Roggendorf und Bolligstr. (für KGS und GGS An den Kaulen) in Köln-Worringen)
1978/2023
- 2.2 Gesamtschulgebäude Lindenthal/Ehrenfeld Wasseramselweg - Erweiterung der Photovoltaikanlage
2512/2023/3

3 Anfragen

- 3.1 Anfrage von Frau Schroeder (Klima Freunde), betr.: Rettungskonzept Platenstraße angesichts der mehrjährigen Baustelle
AN/1661/2023
- Beantwortung einer Anfrage von Frau Elke Schroeder (Klima Freunde), betr.: Rettungskonzept Platenstraße angesichts der mehrjährigen Baustelle
3049/2023
- 3.2 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.;; Großprojekt der Rheinenergie im Bereich Stockheimer Weg
AN/1662/2023
- 3.3 Anfrage von Frau Pöttgen (FDP), betr.: Sportplatz der Peter-Lustig-Grundschule in der Wilhelm-Schreiber-Straße
AN/1669/2023
- 3.4 Anfrage von Frau Pöttgen (FDP), betr.: Fitnessparcour im Biesterfeld, Köln-Vogelsang
AN/1670/2023
- 3.5 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Wissenschaftliche Grundlagen der Prüfung der Kölner Straßennamen auf Zusammenhänge mit Kolonialismus oder Nationalsozialismus
AN/1696/2023
- 3.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Aktuelle Situation Straßenbäume
AN/1698/2023
- 3.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Fehlende Wegeverbindungen zur Brücke Weinsbergstraße
AN/1699/2023

4 Anträge

- 4.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, Elke Schroeder (Klimafreunde) und Marlis Pöttgen (FDP), betr.: Schnelle Maßnahmen zur Verbesserung des Schulwegs Girlitzweg
AN/1712/2023

5 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Verkehrsversuch Venloer Straße

1.1 Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld, Umsetzung der 2. Stufe 2488/2023

(Anmerkung: Die Beratungen zu den TOP 1.1., 1.2 und 1.3 werden hier zusammengefasst abgebildet)

Herr Dörkes (Amt für nachhaltige Mobilitätsentwicklung) erläutert die Planungen der Verwaltung zur zweiten Stufe des Verkehrsversuchs Venloer Straße. Die bisherige Tempo 20 Regelung werde zurückgenommen. Die Hoffnungen, die mit Einführung der ersten Stufe des Versuchs verbunden waren, hätten sich nicht erfüllt. Der Verkehr sei nicht in dem zu erwartenden Maße zurückgegangen. Zudem seien mit der Einrichtung des verkehrsberuhigten Geschäftsbereiches Probleme mit der hierbei notwendigen Abschaltung der Lichtsignalanlage und der Rechts-Vor-Links Regelung zutage getreten. Da sich diese Maßnahmen nicht bewährt haben, kehre man nunmehr zur Tempo 30 Regelung zurück. Mit der Einführung der Einbahnstraße sei die Hoffnung verbunden, dass die Verkehrsverhältnisse sich deutlich verbessern werden. Bestandteil der Beschlussvorlage sei das Konzept zur Öffentlichkeitsbeteiligung. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Informationsveranstaltung am 28.09.2023 im Bezirksrat- haus Ehrenfeld. Nach Einführung der Einbahnstraße werde es innerhalb der ersten zwei Monate eine Öffentlichkeitsbeteiligung geben. Hierbei können Vorschläge zur weiteren Gestaltung der Venloer Straße abgegeben sowie Erfahrungen mit der neuen Verkehrsführung rückgemeldet werden. Die Vorschläge werden anschließend hinsichtlich der Umsetzbarkeit ausgewertet. Mit den Bürger*innen werde hierzu in einen Dialog eingetreten, um zu vermitteln, welche Vorschläge im laufenden Versuch umgesetzt werden können. Hieran schließe sich eine dritte Phase an, welche die umgesetzten Maßnahmen bewerte und sich mit der Frage be- fassen, wie die Gestaltung der Straße aussehe.

Bezirksvertreterin Tull (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass die Einbahnstraße laut der Beschlussvorlage zwischen Ehrenfeldgürtel und Piusstraße eingerichtet werden soll. Dies sei unverständlich, weil dieser Streckenabschnitt für die erste Phase aufgrund der Licht- signalanlage an der Piusstraße gewählt wurde. Ursprünglich sollte die Einbahnstraßenführung die gesamte Venloer Straße zwischen Gürtel und Innerer Kanalstraße betreffen. Die Lichtsig- nalanlage spiele für die Einbahnstraßenregelung keine Rolle. Sowohl die Moschee wie auch der Discounter sollten von beiden Seiten erreichbar sein. Daher spreche sich ihre Fraktion für eine Führung der Einbahnstraße bis zum Ende der zweispurigen Fahrbahn aus. Dies könnte auch für die Anwohner*innen der Piusstraße von Vorteil sein.

Mit Einführung der Einbahnstraße sollten Maßnahmen zur Einhaltung der Geschwindigkeit ge- prüft und umgesetzt werden. Hierzu zählen unter anderem die Verbreiterung der Radfahrstreif- en und wirksame Geschwindigkeitskontrollen. Hierzu sollten auch mögliche bauliche Abgren- zungen der Radverkehrsanlagen geprüft werden. Für Fußgänger*innen sollten so viele zu- sätzliche Fußgängerüberwege wie möglich eingerichtet werden.

Hinsichtlich der Öffentlichkeitsbeteiligung sei die Durchführung von Aktionstagen sinnvoll, um für ein rücksichtsvolles Miteinander zu werben.

Die Beschlüsse sollten nicht zu einer Verzögerung der zweiten Phase des Versuches führen.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) führt aus, dass der erste Teil des Verkehrsver- suchs die Erwartungen nicht erfüllen konnte. Ihre Fraktion sei skeptisch, ob die Änderung der Venloer Straße im Bestand in eine Einbahnstraße funktionieren könne. Allerdings könne man in dem jetzigen Zustand nicht in die dunkle Jahreszeit gehen. Die Lichtsignalanlage und die Fußgängerüberwege müssen schnellstmöglich wiedereingerichtet werden. Daher sollte nichts beschlossen werden, was den Starttermin der zweiten Phase des Versuchs Ende Oktober verzögert.

Die öffentliche Informationsveranstaltung am 28.09.2023 sei nicht auf der Homepage der Stadt Köln zu finden. Hier gebe es eine Seite zum Verkehrsversuch. Sie gehe ebenfalls davon aus, dass die Bürger*innen sich bei der Informationsveranstaltung äußern und Nachfragen

stellen können. Der Tagesordnungspunkt „Sachstand/Austausch Verkehrsversuch Venloer Straße“ sollte beibehalten werden.

Nachdem die Venloer Straße von einer Bundesstraße in eine Gemeindestraße abgewertet wurde, sei aus ihrer Sicht die Bezirksvertretung Beschlussorgan. Daher sei nicht nachvollziehbar aus welchen Gründen der Verkehrsausschuss zuständig sei. Dies würde zu Verzögerungen führen. Die Lichtsignalanlage und die Überwege sollten aus Gründen der Verkehrssicherheit bereits zum jetzigen Zeitpunkt in Betrieb genommen werden. Es gebe Menschen, die sich nicht mehr zutrauen, die Venloer Straße zu überqueren.

Bezirksvertreter Töws (Fraktion Die Linke/DIE PARTEI) weist darauf hin, dass Einigkeit darüber bestehe, die Verkehrssicherheit auf der Venloer Straße zu erhöhen. Die Regelungen hierzu sollten für die nutzenden Menschen nachvollziehbar sein. Er spricht sich für die Verabschiedung der Beschlussvorlage aus. Eventuelle Anpassungen sollten im Laufe des Versuchs vorgenommen werden. Wichtig sei eine klare Kommunikation.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) betont die Wichtigkeit der Einrichtung weiterer Fußgängerüberwege. Sie bittet um Erläuterung, aus welchen Gründen die Verwaltung davon ausgehe, dass der Verkehrsversuch rechtmäßig sei und ob es hier Zusagen des Verwaltungsgeschichtes gebe. Die Informationsveranstaltung werde lieblos behandelt, sowohl was die Raumauswahl angehe als auch die Information hierüber. In dem beigefügten Kommunikations- und Beteiligungskonzept fehle ihr der Austausch mit der Polizei, dem Ordnungsamt und der Feuerwehr.

Bezirksvertreterin Schroeder (Klima Freunde) spricht sich für einen zügigen Start der zweiten Phase aus. Aus rechtlichen Gründen sei die Wiederinbetriebnahme der Lichtsignalanlage vorab nicht möglich.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) hätte sich aufgrund der Bedeutung des Themas für die Ehrenfelder Bürger*innen die Anwesenheit des Verkehrsdezernenten gewünscht. Die fachliche Kompetenz der anwesenden Vertreter*innen der Verwaltung wolle sie damit jedoch nicht in Frage stellen. Sie sei von Anfang an dem Verkehrsversuch skeptisch gegenüber eingestellt gewesen. Die FDP-Fraktion auf Ratsebene habe den Vorschlag eingebracht, eine Fahrradstraße einzurichten, was im Verkehrsausschuss abgelehnt wurde. Sie werde die Verwaltungsvorlage ablehnen. Bezüglich der Anträge zum Verkehrsversuch beantragt sie Einzelabstimmung. Auch sie betrachte es als wichtig, die Lichtsignalanlage wieder in Betrieb zu nehmen, wie auch weitere Fußgängerüberwege einzurichten. Das Beispiel Vogelsanger Straße zeige, dass es hierdurch zu positiven Effekten auf die gefahrenen Geschwindigkeiten komme. Die beantragte bauliche Abtrennung der Radverkehrsanlagen sehe sie hingegen skeptisch. Hier sei insbesondere das Anfahren der Ladebuchten zu betrachten.

Herr Dörkes führt aus, dass die Entscheidung zur Führung der Einbahnstraße bis zur Piusstraße auch mit dem neuen Wohngebiet an der Franz-Geuer-Straße zusammenhänge. Mögliche Ausweichverkehre durch die Piusstraße werden von der Verwaltung beobachtet und parallel Überlegungen angestellt, ob die gewählte Führung sinnvoll sei. Man sei im Rahmen eines Verkehrsversuches, der erforderliche Anpassungen zulasse. Hinsichtlich der Überwachung der Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit sei man mit dem Ordnungsamt und der Polizei im Gespräch. Eine mögliche Anpassung der Breite der Fahrradschutzstreifen hätte die zeitliche Planung gefährdet. Daher habe man die Entscheidung getroffen, diese in der jetzigen Form zu belassen. Man stelle aber Überlegungen für mögliche Verbesserungen an. Die Einrichtung zusätzlicher Fußgängerüberwege werde ebenfalls geprüft. Hierbei seien aber zahlreiche Aspekte wie z.B. die Barrierefreiheit zu berücksichtigen. Ebenso seien Aktionstage in der Erörterung. Die Informationsveranstaltung sei bewusst in dieser Form gewählt worden, da es sich nicht um eine Beteiligung handele. Es solle kein falscher Eindruck geweckt werden. Die Öffentlichkeitsbeteiligung starte nach Einrichtung der zweiten Phase. Die Veranstaltung am 28.09.2023 soll dazu dienen, diejenigen zu informieren, die auf anderen Kanälen nicht erreicht werden. Die Beschlussfassung im Verkehrsausschuss erfolge deswegen, da es sich um eine Änderung des damaligen Beschlusses dieses Gremiums handele. Die Venloer Straße befinde sich grundsätzlich in der Zuständigkeit der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Allerdings müssen mögliche bezirksübergreifende Auswirkungen zum Beispiel auf den Stadtbezirk Innenstadt betrachtet werden. Die Wiederinbetriebnahme der Lichtsignalanlage sei rechtlich abhängig von der Wiedereinrichtung von Tempo 30, könne dann aber zeitnah erfolgen. Die Dokumentation der Umwegfahrten könne durchgeführt werden. Allerdings handele es sich um

modellhafte Betrachtungen, welche über keine absolute Aussagekraft verfügen. Die rechtliche Zulässigkeit des Verkehrsversuches sei juristisch geprüft worden. Aufgrund der Dokumentation der Gefahrenlage und der Abwägung der verschiedenen Maßnahmen sei man aus Sicht der Verwaltung juristisch auf der sicheren Seite. Im Rahmen des Verfahrens zum Verkehrsversuch Deutzer Freiheit sei angemerkt worden, dass dort die Gefahrenlage nicht dokumentiert wurde. Das Instrument der Fahrradstraße sei im Rahmen der Vorarbeiten zum Verkehrsversuch geprüft worden. Man sei zu der Auffassung gelangt, dass dieses Instrument hier nicht wirksam sei hinsichtlich einer Entschleunigung. Eine bauliche Abtrennung der Radverkehrsanlagen sei auf der Venloer Straße aufgrund der Vielzahl der Einfahrten, Ladezonen und Einmündungen nur schwer realisierbar.

Bezirksvertreterin Tull (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) nimmt Stellung zum Antrag der SPD-Fraktion TOP 1.2. Die Ziffer 2 sei nicht zutreffend. Es habe sowohl bei der Erstellung des Ehrenfelder Radverkehrskonzeptes eine umfangreiche Beteiligung wie auch zur Venloer Straße gegeben. Zur Gestaltung der Venloer Straße habe es während der ersten Phase des Versuchs eine Beteiligung gegeben. Über „Meinung für Köln“ habe es die Gelegenheit gegeben, sich online zu beteiligen. Zudem haben Spaziergänge stattgefunden, die beworben wurden. Hier konnte jeder dran teilnehmen und sich zu Wort melden. Die Veranstaltung am 28.09.2023 sei eine Informationsveranstaltung. Dies bedeute nicht, dass es keine weitere Beteiligung gebe. Es bestehe unter Ziffer 3 keine Notwendigkeit, die Zuständigkeit der Bezirksvertretung noch einmal festzustellen. Die Verwaltung habe hierzu klar Stellung genommen.

Bezirksvertreter Brock-Mildenberger (SPD-Fraktion) merkt an, dass die Begrenzung der Einbahnstraße bis zur Piusstraße im Rahmen eines Fachgespräches erörtert und als sinnvoll angesehen wurde. Er regt eine Drehung der Einbahnstraßenrichtung der Piusstraße an. Dies würde eine Entlastung der Anwohner*innen bedeuten und in der Erschließung keine Unterscheidung darstellen. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsbeteiligung merkt er an, dass die Beteiligung auf „Meinung für Köln“ drei Wochen vor Start der ersten Phase abgeschaltet wurde. Danach habe es keine Öffentlichkeitsbeteiligung mehr gegeben. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsbeteiligung für die zweite Phase regt er eine Präsenzveranstaltung in einer Schulaula an.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) führt aus, dass der Antrag ihrer Fraktion ganz bewusste Akzente setzen wolle. Hinsichtlich der Radverkehrsanlagen sei es wichtig, dass die Fahrradpendler aus der Dooring-Zone herausgeführt werden. Es sollte ein durchgängiger Radschutzstreifen eingerichtet werden. Hinsichtlich der Ziffer 2 ihres Antrags betont sie, dass bisher keine Öffentlichkeitsveranstaltung stattgefunden habe.

Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion) fragt nach, wer die Gefahrensituation auf der Venloer Straße administrativ festgestellt habe. Soweit er die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte richtig verstanden habe, sei es bei einem Verkehrsversuch erforderlich, die Gefahrenlage festzustellen und nicht nur zu dokumentieren.

Bezirksvertreterin Schroeder (Klima Freunde) begrüßt den Vorschlag von Bezirksvertreter Brock-Mildenberger (SPD-Fraktion) zur Drehung der Einbahnstraßenrichtung der Piusstraße. Ebenso begrüßt sie die Informationsveranstaltung am 28.09.2023. Die Notwendigkeit eines größeren Formates sehe sie nicht, da die überwiegende Zahl der Menschen in Ehrenfeld schnellstmöglich die Einrichtung der Einbahnstraße auf der Venloer Straße möchte.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) begründet ihr Abstimmungsverhalten zu den vorliegenden Anträgen.

Bezirksvertreterin Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach den vorgesehenen Instrumenten im Kommunikations- und Beteiligungsprozess. Gemäß dem vorliegenden Konzept starte die Öffentlichkeitsbeteiligung am 23.10.2023 für zwei Monate. Die Veranstaltung am 28.09.2023 diene rein der Information. Daher sollten hier keine falschen Erwartungen geweckt werden. Allen sollte daran gelegen sein, dass im Gegensatz zur ersten Phase wesentlich verbesserte Kommunikationskonzepte den Bürger*innen entsprechend zu transportieren.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass die verkehrlichen Schwierigkeiten mit dem Bau und der Fertigstellung der U-Bahn begannen. Bis dahin habe es keine Probleme gegeben. Sie nimmt Stellung zu den vorliegenden Anträgen. Eine Verlängerung der Einbahnstraßenführung bis zum Discounter sehe sie kritisch. Sie spricht sich aufgrund der Vielzahl der Einfahrten und Einmündungen gegen die Einrichtung einer Protected Bike Lane aus.

Herr Dörkes teilt mit, dass die Gefahrenlage durch die Unfallkommission dokumentiert und festgestellt wurde. Zu den Instrumenten der Öffentlichkeitsbeteiligung verweist er auf das beigefügte Konzept. Die Durchführung erfolge im Dialog mit dem Büro für Öffentlichkeitsbeteiligung. Es kämen bewährte Formate zum Einsatz, wobei ein Fokus auf der Online Plattform „Meinung für Köln“ liege. Die Verwaltung werde aber auch vor Ort das Gespräch suchen. Fragen und Anregungen der Bürger*innen seien ausdrücklich erwünscht.

Bezirksvertreter Brock-Mildenberger (SPD-Fraktion) fragt nach, ob eine weitere Präsenzveranstaltung im Rahmen der Beteiligung geplant sei.

Herr Dörkes führt aus, dass die Verwaltung hierfür offen sei. Im Moment sei diese nicht vorgesehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Einführung der 2. Stufe des Verkehrsversuchs auf der Venloer Straße (Einrichtung einer Einbahnstraße zwischen Ehrenfeldgürtel und Franz-Geuer-Str. / Piusstr. in Fahrtrichtung Innenstadt; Radfahren in Gegenrichtung frei) den verkehrsberuhigten Geschäftsbereich (Tempo 20) aufzuheben und eine streckenbezogene Begrenzung der Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h wieder einzuführen und die Öffentlichkeitsbeteiligung zur 2. Stufe des Verkehrsversuches anhand des in Anlage 4 dargestellten Beteiligungs- und Kommunikationskonzept durchzuführen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf erneute Vorlage, wenn die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Änderung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) bei Enthaltung von Bezirksvertreter Berg (CDU-Fraktion).

1.2 Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Antrag zum Verkehrsversuch Venloer Straße 2. Stufe AN/1697/2023

Beschluss

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt die Vorlage der Verwaltung zum Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld, Umsetzung der 2. Stufe ohne Änderung. Damit ist eine erneute Vorlage im Verkehrsausschuss nicht erforderlich und das Ziel mit der 2. Stufe noch im Herbst dieses Jahres zu beginnen, kann erreicht werden.

~~Da die Bürgerinnen und Bürger erstmals am 28. September 2023, mithin nach der Sondersitzung der Bezirksvertretung, in einer öffentlichen Veranstaltung zu Wort kommen werden,~~ Die Bezirksvertretung Ehrenfeld behält sich im weiteren Verlauf des Versuchs Änderungen und Ergänzungen vor.

Dazu wird der ständige Tagesordnungspunkt Sachstand/Austausch zum Verkehrsversuch Venloer Straße bis auf weiteres beibehalten.

3. Im weiteren Verlauf des Verkehrsversuchs Venloer Straße liegen die Entscheidungsrechte ausschließlich bei der Bezirksvertretung Ehrenfeld. Siehe hierzu Verwaltungsrichtlinie zur Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln (ZustO) Abgrenzungskatalog für Angelegenheiten von wesentlich über den Bezirk hinausgehender Bedeutung I. Zu § 2 Abs. 1 Ziffer 3 und 6 ZustO: Ordnungs- und Verkehrswesen und Bauwesen (Stand. 2.9.2019). Sofern es hierzu eines gesonderten Rechtsgutachtens bedarf, wird die Verwaltung beauftragt dieses zu erstellen.
4. Die Verwaltungsvorlage zur 2. Stufe des Verkehrsversuchs sieht die Wiederinbetriebnahme der Lichtsignalanlage Höhe Wahlenstraße vor. Die Bezirksvertretung hat mehrfach auf deren Bedeutung für Menschen mit Geh- und/oder Sehbehinderung hingewiesen und fordert diese **während der Einrichtung des Verkehrsversuchs** wieder einzuschalten.

5. ~~Die beiden bereits für die erste Phase des Verkehrsversuchs beschlossenen zusätzlichen Fußgängerüberwege Höhe Leostraße/Einfahrt Barthoniaforum und Körnerstraße/Geisselstraße sind ebenfalls zeitnah provisorisch einzurichten.~~
6. Die Berechnungen der Umwegfahrten für die Anwohner*innen der in die Venloer Straße einmündenden bzw. von ihr wegführenden Straßen – bezogen auf das Versuchsgebiet) sind der BV Ehrenfeld zur nächsten ordentlichen Sitzung am 23. Oktober spätestens jedoch in der Sitzung am 27. November 2023 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Abstimmung zu den zusammengefassten und geänderten Ziffern 1, 2 und 2 a):

Einstimmig zugestimmt

Abstimmung zu Ziffer 3:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von Bezirksvertreterin Schroeder (Klima Freunde) bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke/DIE PARTEI.

Abstimmung zu der geänderten Ziffer 4:

Einstimmig zugestimmt

Abstimmung zu Ziffer 6:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Elke Schroeder (Klima Freunde).

Die Ziffer 5 wird in die Ziffer 4 des Antrags TOP 1.3 übernommen

1.3 Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Die Linke/DIE PARTEI, Elke Schroeder (Klima Freunde) und Tobias Scholz (GUT), betr.: Ergänzungen zum Beschluss Venloer Straße AN/1720/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld bekräftigt den Beschluss Ö.1.1 „Verkehrsversuch Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld, Umsetzung der 2. Stufe“ und fasst darüber hinaus folgende Begleitbeschlüsse, die im Verfahren Berücksichtigung finden sollen:

1. **Es soll geprüft werden, ob** die Einbahnstraße im Bereich zwischen Ehrenfeldgürtel und Ende des zweispurigen Abschnitts der Venloer Straße (in Höhe des Aldi-Parkplatzes) eingerichtet werden **kann**,
2. die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h muss kontinuierlich und an verschiedenen Stellen im Bereich der neuen Einbahnstraße gemessen und Verstöße geahndet werden, um die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer*innen zu erhöhen,
3. es soll bereits während der Umsetzungsphase der Stufe 2 geprüft werden, an welchen Stellen eine Verbreiterung der vorhandenen Schutzstreifen zu Radfahrstreifen möglich ist. Diese sollen dann möglichst rasch zunächst farblich markiert werden. Außerdem soll geprüft werden, ob die Radfahrstreifen auch baulich geschützt werden können (z.B. als Protected Bikelane),
4. es sollen weitere sichere Querungsmöglichkeiten identifiziert und als Fußgängerüberwege eingerichtet werden. **Die beiden bereits für die erste Phase des Verkehrsversuchs beschlossenen zusätzlichen Fußgängerüberwege Höhe Leostraße/Einfahrt Barthoniaforum und Körnerstraße/Geisselstraße sind ebenfalls zeitnah provisorisch einzurichten.**
5. es sollen Begleitaktionen durchgeführt werden (z.B. mit Unterstützung von Polizei, Verkehrswacht, etc.) um “gegenseitige Rücksichtnahme” und “Abstandhalten” mit allen Verkehrsteilnehmer*innen einzuüben, beispielsweise an Zebrastreifen
6. die o.g. Beschlusspunkte sollen möglichst zeitnah nach Beginn der 2. Stufe des Verkehrsversuchs umgesetzt werden. Dies darf aber nicht zu einer zeitlichen Verzögerung bei der Einrichtung der 2. Stufe des Verkehrsversuchs führen.

2 weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

2.1 Bedarfsfeststellung für drei Schulbaumaßnahmen zur kurzfristigen Schaffung von Schulplätzen an Grund- und Förderschulen (Förderschule inklusive Primarstufe/Grundschule Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang, Fortuinweg (für Grundschule Gutnickstr.) in Köln-Roggendorf und Bolligstr. (für KGS und GGS An den Kaulen) in Köln-Worringen) 1978/2023

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Errichtung modularer Einheiten für die drei in der Beschlussbegründung genannten Grund- und Förderschulen mit Primarstufe zum Schuljahr 2024/25 an und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Vertragsverhandlungen für die Anmietung dieser Einheiten aufzunehmen sowie die notwendigen Ausschreibungen vorzunehmen. Die Anmietungsdauer und Vertragslaufzeiten variieren dabei abhängig vom Bedarf am jeweiligen Schulstandort.

Die Finanzierung der Gesamtkosten für die Aufstellung von modularen Einheiten (inklusive möglicher Kaufoptionen) erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Bauseits zusätzlich umzusetzende Maßnahmen werden zusätzlich zu veranschlagen sein, sofern keine general- oder totalunternehmerische Ausführung mit den Vertragspartner*innen erzielt werden kann. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Inbetriebnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises für Grund- und Förderschulen. Aus dem städtischen Haushalt werden auch die entsprechenden Kosten für die Einrichtung sowie mögliche zusätzliche Personalkosten für Hausmeister*innen und Sekretär*innen finanziert.

Wegen der besonderen Bedeutung der Maßnahmen steht der tatsächliche Abschluss der Verträge einschließlich der Darlegung der Finanzierung des Gesamtvorhabens inklusive der Einrichtung unter dem Vorbehalt eines späteren, vertragserläuternden Folgebeschlusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Gesamtschulgebäude Lindenthal/Ehrenfeld Wasseramselweg - Erweiterung der Photovoltaikanlage 2512/2023/3

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in Abänderung der Beschlüsse zu den Vorlagen 0116/2021 und 2121/2022, für das Dach des Gesamtschulgebäudes Lindenthal/Ehrenfeld am Wasseramselweg durch den Grundstückseigentümer eine Photovoltaikanlage einer Größe von 350 kWp errichten zu lassen und diese von ihm zu erwerben. Die Gesamtkosten für diese größere Anlage betragen rund 748.000 Euro brutto und werden aus dem Wirtschaftsplan der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln finanziert.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Anfragen

**3.1 Anfrage von Frau Schroeder (Klima Freunde), betr.: Rettungskonzept Platenstraße angesichts der mehrjährigen Baustelle
AN/1661/2023**

Die schriftliche Antwort liegt vor.

**Beantwortung einer Anfrage von Frau Elke Schroeder (Klima Freunde), betr.: Rettungskonzept Platenstraße angesichts der mehrjährigen Baustelle
3049/2023**

Kenntnis genommen.

**3.2 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.,; Großprojekt der Rheinenergie im Bereich Stockheimer Weg
AN/1662/2023**

Die Antwort liegt noch nicht vor.

**3.3 Anfrage von Frau Pöttgen (FDP), betr.: Sportplatz der Peter-Lustig-Grundschule in der Wilhelm-Schreiber-Straße
AN/1669/2023**

Die Antwort liegt noch nicht vor.

**3.4 Anfrage von Frau Pöttgen (FDP), betr.: Fitnessparcour im Biesterfeld, Köln-Vogelsang
AN/1670/2023**

Die Antwort liegt noch nicht vor.

**3.5 Anfrage der SPD-Fraktion, betr.: Wissenschaftliche Grundlagen der Prüfung der Kölner Straßennamen auf Zusammenhänge mit Kolonialismus oder Nationalsozialismus
AN/1696/2023**

Die Antwort liegt noch nicht vor.

**3.6 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr. Aktuelle Situation Straßenbäume
AN/1698/2023**

Die Antwort liegt noch nicht vor.

**3.7 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, betr.: Fehlende Wegeverbindungen zur Brücke Weinsbergstraße
AN/1699/2023**

Die Antwort liegt noch nicht vor.

4 Anträge

4.1 **Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, SPD-Fraktion, Elke Schroeder (Klimafreunde) und Marlis Pöttgen (FDP), betr.: Schnelle Maßnahmen zur Verbesserung des Schulwegs Girlitzweg AN/1712/2023**

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) begründet den Antrag. Die CDU-Fraktion habe mitgeteilt, dass sie sich gegen die Abschaffung des freilaufenden Rechtsabbiegers unter Ziffer 4 ausspreche. Sie beantragt Einzelabstimmung.

Bezirksvertreterin Kaiser (CDU-Fraktion) begründet die Ablehnung der Ziffer 4 des Antrags. Der freilaufende Rechtsabbieger sei seinerzeit extra für große LKWs errichtet worden. Es werde ein Unfallschwerpunkt geschaffen, da große LKW nach Wegfall des freilaufenden Rechtsabbiegers beim Abbiegen in den Girlitzweg in den Gegenverkehr gerieten.

Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion) spricht sich aufgrund der unsicheren Situation für Schüler*innen für eine sehr zeitnahe Umsetzung dieser Maßnahmen aus. Die Bezirksvertretung habe in Gänze seit Jahren auf die Notwendigkeit der Schulwegsicherung hingewiesen und habe entsprechende Beschlüsse gefasst.

Bezirksvertreterin Pöttgen (FDP) regt an, die Ziffer 4 als Prüfantrag zu beschließen.

Herr Bezirksbürgermeister Spelthann lässt über den Antrag mit der vorgeschlagenen Änderung abstimmen.

Beschluss:

Die BV Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung die folgenden Maßnahmen im Bereich des Girlitzwegs in Köln-Vogelsang zeitnah umzusetzen:

- Im Girlitzweg wird im Abschnitt ab Vitalisstraße bis Wasseramselweg Tempo 30 angeordnet
- auf dem Girlitzweg wird im Abschnitt Vitalisstraße bis Wasseramselweg auf beiden Straßenseiten ein absolutes Halteverbot angeordnet
- Auf dem Girlitzweg wird im Bereich der Wassermannhalle ein provisorischer Fuß- und Radweg eingerichtet
- **Es soll geprüft werden, ob** der freilaufende Rechtsabbieger von der Vitalisstraße in den Girlitzweg durch Poller gesperrt **werden kann.**

Abstimmungsergebnis:

Zu den Spiegelstrichen 1-3:

Einstimmig zugestimmt

Geänderter Spiegelstrich 4:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

5 Mündliche Anfragen

TOP 5.1, mündliche Anfrage von Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion), betr.: Hundefreilaufflächen

Es wird um Klärung gebeten, aus welchen Gründen die Einzäunung der Hundefreilauffläche an der Wöhlerstraße nicht erfolgt.

TOP 5.2, mündliche Anfrage von Bezirksvertreterin Bossinger (SPD-Fraktion), betr.: mobiler Fußgängerüberweg Weinsbergstraße

Sie fragt nach dem Sachstand zum beschlossenen Fußgängerüberweg auf der Weinsbergstraße.

gez.

Spelthann

Bezirksbürgermeister

gez.

Schmitz

Schriftführer